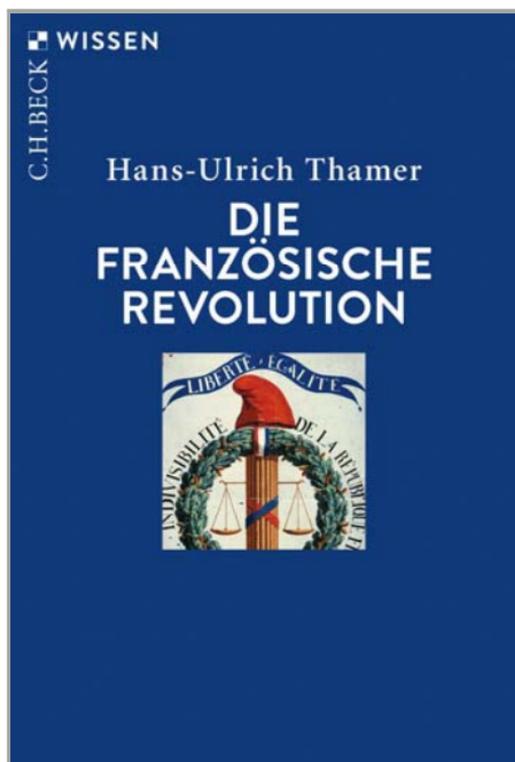


Unverkäufliche Leseprobe



Hans-Ulrich Thamer
Die Französische Revolution

2019. 123 S., mit 7 Abbildungen
ISBN 978-3-406-73397-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/27190232>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Kaum ein Ereignis hat die Geschichte der Moderne so tief geprägt wie die Französische Revolution von 1789 bis 1799. Sie eröffnete eine Phase grundstürzender Veränderungen der politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Frankreich. Als ein epochales Ereignis hat die Französische Revolution weit über den nationalen Rahmen hinaus tiefe Spuren in der politischen und sozialen Entwicklung anderer Länder hinterlassen. Sie wurde zum Motor des Verfassungswandels und der Entstehung liberaler politischer Kulturen.

Hans-Ulrich Thamer lässt in diesem Band noch einmal Ursachen, Verlauf und Folgen dieses zentralen Ereignisses der europäischen Geschichte Revue passieren, stellt die Hauptakteure und ihre Motive vor und erklärt wichtige Strukturmerkmale der Französischen Revolution wie beispielsweise die besondere Rolle der Metropole Paris, das Ringen der Revolutionäre um eine Verfassung sowie die blutige Herrschaft der *Terreur*.

Hans-Ulrich Thamer ist Professor emeritus für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster. Die Französische Revolution sowie in diesem Zusammenhang insbesondere die Fragen nach Macht und Ritual, symbolischer Herrschaft und politischer Kommunikation bilden Schwerpunkte seiner Forschung. Bei C.H.Beck ist ferner von demselben Autor lieferbar: *Die Völkerschlacht bei Leipzig* (2013) und *Adolf Hitler, Biographie eines Diktators* (2018).

Hans-Ulrich Thamer

**DIE FRANZÖSISCHE
REVOLUTION**

C.H.Beck

Für Jutta

Mit 7 Abbildungen

1. Auflage. 2004

2., durchgesehene Auflage. 2006

3. Auflage. 2009

4., durchgesehene Auflage. 2013

5., durchgesehene Auflage. 2019

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2004

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Reihengestaltung Umschlag: Uwe Göbel (Original 1995, mit Logo),

Marion Blomeyer (Überarbeitung 2018)

Umschlagmotiv: Plakat mit republikanischen Emblemen

aus der Zeit der Französischen Revolution, 1789,

Musée Carnavalet, Paris. Photo: akg-images, Berlin

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 73397 0

www.chbeck.de

Inhalt

1. Die Französische Revolution – ein Gründungsereignis	7
2. Die Krise des Ancien Régime	12
3. Drei Ereignisse – eine Revolution: Der Sommer 1789	29
4. Die Rekonstruktion Frankreichs 1789–1791	40
5. Die Zweite Revolution 1792	53
6. Die Revolution in der Schwebe 1793	61
7. Die Terreur: Revolutionäre Verteidigung oder Herrschaft der Ideologie?	76
8. Die politische Kultur der Revolution	89
9. Die Revolution wird beendet 1795–1799	103
Zeittafel	111
Auswahlbibliographie	116
Abbildungsnachweis	119
Personenregister	120
Sachregister	122

1. Die Französische Revolution – ein Gründungsereignis

Kaum ein Ereignis hat die Geschichte der Moderne so tief geprägt wie die Französische Revolution von 1789 bis 1799. Sie eröffnete eine Phase grundstürzender Veränderungen der politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Frankreich. Als ein epochales Ereignis hat die Französische Revolution weit über den nationalen französischen Rahmen hinaus tiefe Spuren in der politischen und sozialen Entwicklung anderer Länder hinterlassen. Sie wurde zum Motor des Verfassungswandels und der Entstehung liberaler politischer Kulturen. Sie wurde zum Laboratorium der Moderne, indem sie in der kurzen Spanne eines Jahrzehnts die unterschiedlichsten Verfassungsformen entwickelte, die für das 19. und 20. Jahrhundert wirkungsmächtig werden sollten, von der konstitutionellen Monarchie über die Republik bis zur bonapartistischen Diktatur; indem sie die Grundlagen einer bürgerlich-individualistischen Eigentums- und Gesellschaftsverfassung schuf; indem sie zum ersten Mal eine demokratische politische Kultur entfaltete und damit den Durchbruch zur politischen Freiheit erkämpfte; indem sie einen fundamentalen Prozess der Politisierung der Gesellschaft und der Ideologisierung der politischen Sprache auslöste und dabei zugleich die Selbstgefährdung demokratischer Ordnung demonstrierte. Ihre historisch-politische Bedeutung reicht darum bis in die Gegenwart.

In historischer Perspektive lässt sich die Französische Revolution zugleich als ein herausragendes Ereignis in einer langen Phase des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels vom alteuropäischen Ancien Régime in die Moderne deuten, in dem die allgemeinen strukturellen Veränderungen anderen Zeitrhythmen folgen als dramatische politische Ereignisse. Kurzfristige Revolutionsereignisse werden dabei in lang-

fristig ablaufende Prozesse sozialen Wandels eingebettet und die politischen Prozesse des Revolutionsjahrzehnts zum strukturellen Wandel in Beziehung gesetzt. Dadurch werden neben den Phänomenen der historischen Zäsur und des Neubeginns auch Elemente der Kontinuität stärker in den Blick genommen, die bereits im 18. Jahrhundert entwickelt waren und sich in der Revolution fortgesetzt oder vollendet haben und die in den Diskursen und in der Gesetzgebung zwar vorbereitet, aber erst im Laufe des 19. Jahrhunderts umgesetzt wurden. Dies gilt vor allem für den Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft, der den Gesetzen der langen Dauer und damit anderen Handlungsbedingungen unterliegt als die Politik. Dies gilt beispielsweise für die Fortsetzung politisch-administrativer Zentralisierung, die mit dem Ausbau absolutistischer Staatlichkeit begann und mit der Jakobinerherrschaft und ihren Kommissaren einen weiteren, nun freilich mit dem Prinzip der Volkssouveränität legitimierten Kulminationspunkt erreichte. Die Revolution bedeutet darum auch Rhetorik und Ankündigung, hinter der die Wirklichkeit zurückblieb. So vollzog sich 1789 nicht die «Geburt der bürgerlichen Gesellschaft», sondern die Organisation eines neuen Frankreich bedeutete allenfalls einen wichtigen, vor allem rechtlichen Schritt in diesem Prozess, der in seiner ökonomischen und sozialen Dynamik bereits vor 1789 begonnen und sich weit in das 19. Jahrhundert erstreckt hat. Beim Aufstieg der industriellen Welt spielte die Französische Revolution allenfalls eine Nebenrolle, manche Historiker halten die Revolution für die industrielle Modernisierung sogar für abträglich; sie habe England bei der Durchsetzung der industriellen Revolution einen entscheidenden Vorsprung verschafft, den es vor 1789 nicht gegeben habe.

Was macht dann das Umstürzende, das Innovative und die Wirkungsmacht der Revolution auch in der Perspektive der *longue durée* aus, wenn ein solcher Bruch, wie ihn die Rhetorik der Revolution beanspruchte, für den Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft nur bedingt zu erkennen ist? Die moderne Forschung der vergangenen zwanzig Jahre findet die Antwort darauf im Politischen, in der Entwicklung von Verfassungen und

neuen Formen der Legitimation von Herrschaft, in der Proklamation von Menschen- und Bürgerrechten und in der Funktion der Revolution als Gründungsereignis für eine demokratische politische Kultur, in der Entfaltung neuer Formen der politischen Repräsentation und Integration. Dazu gehört auch die Entwicklung von neuen Formen der politischen Rituale und Kommunikation, mit denen das Prinzip der Volkssouveränität von seiner abstrakten Ebene in die politische Praxis übersetzt und sichtbar gemacht werden sollte, mit denen die politischen Fraktionskämpfe ausgeformt und ausgetragen wurden. Diese Perspektiven und Ergebnisse einer neuen Politik- und Kulturgeschichte, die Varianten ihrer Deutungs- und Erinnerungsgeschichte entlang einer Erzählung der Ereigniskette Französische Revolution vorzustellen, sind Leitfaden und Thema der vorliegenden Darstellung.

Die Erfindung neuer politischer Ausdrucksformen und einer modernen politischen Begriffswelt gehört zu den schöpferischen Leistungen der Revolution und zu ihrem Erbe an unsere Gegenwart. Mit der Französischen Revolution entsteht ein neuer Begriff von Revolution. Revolution war nicht mehr das, was das 18. Jahrhundert darunter verstanden hatte: eine allgemeine staatliche Veränderung, ein geistiger Fortschritt, eine Veränderung im Denken. Nun verband sich mit dem Begriff «Revolution» die Erfahrung eines dramatischen, von Gewalt begleiteten umfassenden Wandels in Politik und Gesellschaft mit dem Anspruch, eine neue gerechte Ordnung zu schaffen und damit den geschichtlichen Fortschritt zu gestalten.

Die Dynamik des Umbruchs war schon den Zeitgenossen bewusst. «Wir haben in drei Tagen den Raum von drei Jahrhunderten durchquert», hieß es bald nach dem 14. Juli 1789. Zugleich verdichtete sich das historische Ereignis des Sturmes auf die Bastille zum politischen Symbol eines historischen Umbruchs. Dass dieser gedrängte politische Wandel mit Gewaltakten des Volkes verbunden war, führte zu einer tiefen Polarisierung in Wahrnehmung und Deutung der Revolution. Bei den Verteidigern der alten monarchischen Ordnung rief die gewalttätige Revolution Angst und Empörung hervor. Für die Patrio-

ten, die Anhänger der Revolution, waren die Gewaltakte zunächst unerwünschte Begleiterscheinungen, die nichts mit der erhofften Erneuerung Frankreichs zu tun hätten und durch diese in naher Zukunft überflüssig würden. Bald sollten jedoch zum Begriff der Revolution nicht nur die Erfahrung extremer Beschleunigung, sondern auch Radikalisierung und der Einsatz von Gewalt als Instrument der Veränderung gehören. Die Revolution zeigte ihre Janusgestalt und ihre polarisierende Wirkung.

Die Ursachen und die Funktion von Gewalt in der Revolution gehören zu den Fragen, die noch immer heftig diskutiert werden und aus einem Ereignis der Vergangenheit einen kontroversen Bezugspunkt für die politische Orientierung und Traditionsbildungen der Gegenwart machen. An der revolutionären Diktatur und Gewalt schieden und scheiden sich die Geister, wie die Debatten aus Anlass der Zweihundertjahrfeier der Revolution bis hin zum versöhnenden «Sowohl-als-auch» des französischen Staatspräsidenten Mitterrand 1989 deutlich gemacht haben. Historische Deutungen und Kontroversen über die Revolution gehörten seit den ersten Versuchen, die Revolution zu beenden und die Erinnerung an sie zu begründen, zur Selbstdeutung der politischen Kultur Frankreichs und teilweise auch Europas. Die politische Orientierung oder Lagerzugehörigkeit eines geschichtsbewussten politischen Bürgers konnte man auch daran erkennen, auf welche Phase der konfliktreichen Geschichte der Revolution er sich in seiner Erinnerungspraxis oder Selbstidentifizierung bezog oder ob er die Revolution völlig ablehnte. Das hat sicherlich die Erinnerung an die Revolution wachgehalten, nach Meinung mancher Kritiker aber auch zu einer Selbstblockade der Revolutionshistoriographie geführt, die zwar unendlich viel an Quellenforschung und Quellenedition geleistet, an scharfsinnigen Analysen und großen Deutungen hervorgebracht hat, die Revolution aber nicht konsequent genug aus ihren historischen Bedingungen und selbstreferentiellen Entwicklungsabläufen interpretiert, sondern sie vor allem zum Objekt einer geschichtspolitischen Selbstdeutung und Legitimation für die jeweilige Gegenwart gemacht hat.

So war und ist die Geschichte der Französischen Revolution

auch immer ein Lehrbeispiel für die Verschränkung von Geschichtsschreibung und Politik, bei der jede Generation ihre Gegenwartsdeutung in die Vergangenheit der Revolution gelegt hat, die dadurch selbst ein Stück der jeweiligen Gegenwart wurde. Es spricht vieles dafür, dass sich dieser Mechanismus von Gegenwartsverständnis und Geschichtsdeutung abgeschwächt hat, dass auch der Prozess der Historisierung der Französischen Revolution vorangeschritten, unser Blick auf die Revolution differenzierter geworden ist und ihre Widersprüche deutlicher benannt werden, ohne ihre Bedeutung als Gründungsereignis der politischen Kultur der Moderne dadurch herabzusetzen. Diese Deutungs- und Wirkungsgeschichte der Revolution kann in dem vorliegenden Überblick nicht behandelt und auch die großen wissenschaftlichen Kontroversen können nur ansatzweise angesprochen werden. Sie können aber erwähnt werden, um den Leser darauf aufmerksam zu machen, dass er sich stellenweise auf schwieriges Terrain begibt. Zu den nach wie vor umstrittenen Fragen gehört jene nach dem Verhältnis der Ursachen der Revolution zu ihrem weiteren Verlauf. Ergibt sich aus einer Analyse des komplexen Ursachenbündels ein Hinweis auf die sich später entwickelnde Dynamik und auf die Richtung der Revolution, oder folgt auf den politischen Zusammenbruch des Ancien Régime eine politische Veränderungs- und Rekonstruktionsphase mit einer eigenen Dynamik und Handlungslogik? War in den Ideen von 1789 das Abgleiten der Revolution in politische Gewalt und in eine systematische Politik der *Terror* (Schreckensherrschaft) bereits angelegt? Wenn Entstehung und Verlauf der Revolution nicht das Ergebnis von Klassenkämpfen zwischen Adel und Bourgeoisie waren, wie das die marxistische Interpretation lange angenommen hat, was waren dann die Antriebskräfte für die revolutionäre Dynamik, die dazu führte, dass auch nach der Beobachtung der Zeitgenossen innerhalb von wenigen Tagen sich Dinge veränderten, neue Formen entwickelten, für deren Entfaltung und Durchsetzung man in «normalen» Zeiten Jahrzehnte benötigte? Wie wirkten sich die neuen Politik- und Verfassungsformen, die Rhetorik und die Konflikte, die Maßnahmen und Mobilisierungskampagnen der

politischen Akteure von der Bildung politischer Klubs bis zur Teilnahme an Wahlen, vom neuen Kalender bis zur Einführung der Zivilehe, von politischen Festen bis zur Massenaushebung für den Krieg auf die Wahrnehmung und das Verhalten der Menschen in der Revolution aus?

2. Die Krise des Ancien Régime

Keiner dachte an eine Revolution, als der Premierminister des Königs, Loménie de Brienne, am 5. Juli 1787 die Einberufung von Generalständen ankündigte und eine öffentliche Diskussion über deren Form und Ziele eröffnete. Die Generalstände waren im vorrevolutionären Frankreich die Versammlung der Vertreter aller Provinzen, die sich aus Abgeordneten der Geistlichkeit, des Adels und des Dritten Standes zusammensetzte. Seit 1614 waren sie nicht mehr zusammengetreten, und nun sollte ausgerechnet eine uralte Institution in der öffentlichen Diskussion zum Kristallisationspunkt unbestimmter und widersprüchlicher Hoffnungen auf Reform werden. Anzeichen dafür, dass die Monarchie angesichts einer wachsenden Staatsverschuldung auf eine Finanz- und Staatskrise zutreiben könnte, gab es schon seit gut einem Jahrzehnt, und sie verdichteten sich zunehmend. Auch der innenpolitische Dauerkonflikt der Krone mit den Vertretungs- und Kontrollansprüchen der Parlamente, der alten Obergerichte, die die Rolle der institutionell nicht vorgesehenen Opposition einnahmen, hatte sich zugespitzt. Schließlich hatte sich die materielle Situation durch wachsende Spannungslagen zwischen Bevölkerungswachstum und zunehmender Knappheit an Erwerbsstellen, zwischen steigenden Preisen und stagnierenden Löhnen allmählich verschlechtert und wurde durch krisenhafte Entwicklungen im Textilgewerbe und in einer Serie von schlechten Ernten auf dem Lande verschärft. Die Krisenherde des Ancien Régime bündelten sich und stellten das politische System der absoluten Monarchie vor eine Herausforderung, der

dieses nicht mehr gewachsen war, weil es sich zunehmend als reformunfähig erwiesen hatte. Darum wurden langfristige wirtschaftliche, soziale und politische Strukturprobleme zu einer zusätzlichen Belastung, als sie sich mit mittel- und kurzfristigen ökonomischen und finanziellen Krisen, dem erbitterten Widerstand der privilegierten Stände und der mangelnden Anpassungs- und Ausgleichsfähigkeit der Krone verschränkten und – was fast noch wichtiger war – in dem Mobilisierungsprozess der vorrevolutionären Ständekämpfe politisiert wurden.

Hinweise auf eine zunehmende soziale Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit hatte es in den 1780er Jahren immer wieder gegeben, aber auch schon im Jahrzehnt davor sprach man in der sozialkritischen Publizistik angesichts konjunktureller und struktureller Probleme von Revolten und einer möglichen Revolution. Aber sie war ausgeblieben. Dass eine dieser Revolten in einen offenen Aufstand übergehen würde, hielt Louis Sébastien Mercier, mittelloser Schriftsteller und Publizist, der in seinem «Tableau de Paris» ein waches Auge für die sozialen Verhältnisse bewiesen hatte, angesichts des absolutistischen Überwachungsapparates und angesichts der zahlreichen Verknüpfungen bürgerlicher Interessen mit denen des Hofes für unwahrscheinlich.

2.1. Struktur und Wandel des Ancien Régime

Einer der häufigen Kritikpunkte in der vorrevolutionären Publizistik und auch in den Beschwerdeheften des Frühjahrs 1789 war die «Feudalität». Was die Wortführer der antiständischen Kritik damit meinten, war nicht das mittelalterliche herrschaftliche Rechtssystem, das Verhältnis von Lehnsherr und Vasall, sondern ein sozioökonomisches System; ein System der Grundherrschaft, bei dem die Grundherren, die meist auch Gerichtsherren waren, die grundabhängigen Bauern zu Abgaben in Naturalien oder in Geld bzw. zu Mehrarbeit im Sinne von Herrendiensten verpflichteten. Es ging um feudale, genauer formuliert, um seigneuriale (Herren-)Rechte wie Abgaben, Frondienste und Reste von Leibeigenschaft. Was als belastend empfunden wurde, waren weniger die regelmäßigen Abgaben als die

Sonderabgaben und die zusätzlichen Rechtstitel des Grundherren wie Frondienste, gerichtsherrliche Abgaben, das Jagdrecht des Grundherrn, zusätzliche Abgaben für die Nutzung der grundherrlichen Mühlen oder Keltern und Eingriffe in die Gemeinderechte. Die zunehmende Kritik an diesen Einrichtungen deutet darauf hin, dass in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts viele Grundherren, zu denen nicht nur Adlige, sondern auch Bürgerliche gehörten, diese teilweise in Vergessenheit geratenen Rechte wieder in Anspruch nahmen. Viele dieser Rechtstitel wurden an kapitalkräftige Pächter vergeben, die ihrerseits moderne landwirtschaftliche Anbaumethoden praktizierten. Was wie eine Refeudalisierung aussah, war ein Stück Kommerzialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft, an dem adlige Grundherren und bürgerliche Pächter gleichermaßen Anteil hatten. Adel und Bürgertum hatten auf dem Lande durchaus gleiche Interessen, nämlich den agrarischen Grundbesitz durch eine Rationalisierung in der Bewirtschaftung und die Nutzung des grundherrlichen Eigentums und der damit verbundenen Rechte optimal auszunutzen. Dazu dienten die Vergrößerung und verbesserte Kultivierung des Bodens wie die Usurpation von Allmenderechten – eigentlich den Rechten aller Dorfgemeinschaften am Gemeindeeigentum – an Weide- und Waldflächen. Gefährdet wurden dadurch die traditionellen dörflichen Gemeinschaftsrechte. Der Agrarkapitalismus bediente sich der alten Eigentumsverfassung, der bäuerliche Protest richtete sich gegen die Intensivierung der grundherrlichen Abgaben. Allerdings waren es bis dahin eher passive Formen des Widerstandes: Man verweigerte die Zahlung der grundherrlichen Abgaben; man führte Prozesse gegen Grundherren und neue Agrarunternehmer; man zerstörte Hecken und Gräben, die die neu eingelegten Felder voneinander trennten. Es waren die Dorfgemeinden, die die antiständische Kritik auf ihre Weise betrieben und damit den Weg in die Bauernrevolution von 1789 eröffneten. Diese sollte eine ebenso bewahrende, antimodernistische Stoßrichtung haben wie die passiven Verweigerungsformen vor der Revolution.

Lässt sich dieses in den 1770er und 1780er Jahren aktuelle

Phänomen der sog. feudalen Reaktion kaum als Ausdruck des Klassengegensatzes von Feudalaristokratie und Bourgeoisie erklären, so gilt dies auch für die klassische und in ihren Perspektiven sehr viel universalere sozialökonomische Erklärung, die die Revolution als eine Folge des Wachstums kapitalistischer Wirtschaftsformen und damit bürgerlicher Interessen verstehen wollte, die sich gegen Adel und Klerus auflehnten, weil diese verhinderten, dass kapitalistische Marktverhältnisse zur beherrschenden Produktionsweise würden. Die Revolution habe demnach ihre eigentlichen Ursachen in einem Klassengegensatz zwischen feudalaristokratischen und bürgerlichen Interessen und sei Ausdruck eines Klassenbewusstseins selbstbewusster bürgerlicher Schichten. Auch wenn ähnliche Thesen schon von Zeitgenossen und Akteuren der Revolution, wie von Antoine Barnave, einem der führenden Köpfe der Nationalversammlung und schließlich entschiedenen Verteidiger der konstitutionellen Monarchie, vorgetragen wurden, lässt sich diese Erklärung längst nicht mehr halten. Einzelne Adlige spielten sehr wohl eine aktive Rolle in der Modernisierung der Landwirtschaft (wie in der Montanwirtschaft, dem Bergbau), und sie unterschieden sich in dieser Zielsetzung kaum von bürgerlichen Grundeigentümern und Rentenbeziehern. Auch in ihren sozialen Zielen gab es kaum Differenzen, denn die bürgerlichen Eliten strebten nach denselben Rängen und Rechten, die der grundbesitzende Adel schon besaß. Adel und Bürgerliche strebten nach denselben Eigentumsformen, nämlich einem festen, gesicherten Besitz in Form von Grundbesitz oder einem rentenartigen Einkommen aus seigneurialen Rechten oder schließlich aus Ämtern, die man kaufen und deren Ertrag man nutzen konnte. Ähnlich wie bei dieser Gruppe von «nichtkapitalistischen» Besitzern von Eigentumstiteln gab es auch beim Handels- und Industriekapitalismus keine scharfen Trennlinien zwischen Adel und Bürgerlichen. Freilich entstanden dadurch neue Konkurrenzverhältnisse, und für den traditionsbewussten Adel bedeutete dieser bürgerliche Aufstiegs-wille eine Unterhöhnung des überkommenen adeligen Status, wie umgekehrt die Wertschätzung aufgeklärter Lebens- und Denkformen in Akademien und Freimaurerlogen die

Exklusivität des Adels unterminierte. Schließlich war es keineswegs so, dass durch die vermeintlichen ständisch-feudalen Schranken und Widerstände die französische Wirtschaft in langfristiger historischer Perspektive gefesselt und zurückgeblieben gewesen wäre, die durch einen bürgerlich-kapitalistischen Aufbruch und Umsturz sich von diesen Hemmnissen hätte befreien müssen. Sicherlich stand die französische Wirtschaft im Vergleich zur englischen nicht an der Spitze der Entwicklung; aber sie war auch nicht als rückständig zu charakterisieren, und die Revolution war keine Revolution des langfristigen wirtschaftlichen Niedergangs und der Armut.

Wirtschaft und Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren vielmehr in Bewegung geraten und entsprachen immer weniger dem traditionellen Ständeschema und dem damit verbundenen Standesethos. Der Kapitalismus drang überall durch die Ritzen der alten Ordnung und bediente sich ihrer Möglichkeiten. Die ökonomischen Grenzen verliefen vertikal, durch Adel und Bürgertum, nur in rechtlicher Hinsicht bestand nach wie vor eine horizontale Trennung. Die wirtschaftlichen Spannungen nahmen innerhalb der Stände stärker zu, auch wenn es nach wie vor zwischen den Angehörigen von Adel und Klerus einerseits und der Masse des Dritten Standes in Gestalt der Bauern große materielle und rechtliche Formen der Ungleichheit gab. Die scharfe antiständische Frontstellung zwischen den beiden privilegierten Ständen und dem Dritten Stand nach Ausbruch der Ständekämpfe 1788/89 lässt sich sicherlich nicht aus wirtschaftsgeschichtlichen Ursachen erklären, und zwar weder aus Widersprüchen in der Art und Weise des Wirtschaftens noch aus der langfristigen konjunkturellen Entwicklung.

Entscheidender waren Spannungen im soziokulturellen Bereich, die nach 1750 zunahmten und die ihre Ursachen in der Aushöhlung der Grundlagen der politisch-sozialen Herrschaftsordnung hatten. Ausgelöst wurde dieser Transformationsvorgang durch miteinander verbundene wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen, die zu einer Differenzierung und auch zu Spaltungen wie zu einem Werte- und Verhaltenswandel innerhalb der Stände führten. Der Adel, der noch immer

durch Ansehen, Reichtum und Macht in Gesellschaft und Verwaltung dominierte und am Vorabend der Revolution nach vorsichtigen Schätzungen zwischen 1 und 4 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, konnte zwar seine Privilegien behaupten und nach außen durch die eigene Einschätzung und Lebensführung als geschlossene Gemeinschaft auftreten, tatsächlich aber hatten sich die Gegensätze zwischen Schwertadel (dem alten, auf die Ritterzeit zurückgehenden Adel) und Amtsadel (der vom König an hohe Beamte verliehen wurde) nicht nur perpetuiert, sondern mit der Zunahme des politischen und materiellen Gewichts des Amtsadels wuchsen die Tendenzen des Hofadels – des seit 1652 am Hof des Königs konzentrierten Hochadels –, sich nicht nur gegen das Bürgertum, sondern auch gegen die Adelsgruppen abzuschließen, die ihrerseits engere Beziehungen zum höheren Bürgertum pflegten. Die sog. aristokratische Reaktion war darum weniger eine Abschließung gegen das Bürgertum als eine gegenüber Neuadligen. Das verdeutlicht die spektakulärste Maßnahme der Abschottung, das Edikt des Kriegsministers Ségur von 1781, nach dem Armeeoffiziere seit mindestens vier Generationen adlig sein sollten. Die Vielfalt des Adels wurde dadurch noch erweitert, dass der aufgeklärte Adel die Nähe zu den Meinungsführern und Kommunikationsorten der Aufklärung suchte und deren Werte teilte. Lässt sich darin eine Annäherung der Wertewelt innerhalb der aufgeklärten Eliten erkennen, die von den Traditionalisten als «Verbürgerlichung» empfunden wurde, so zeichnete sich innerhalb des Bürgertums, dessen Zahl von etwa 700 000 um 1700 auf 2,3 Millionen in den 1780er Jahren angestiegen war, ein stärkeres Selbstbewusstsein in Abgrenzung von der Lebenswelt des Adels ab. Einfachheit im Verhalten und im Wohnen wurden gepriesen, die Sorge um Hygiene und Gesundheit wurden zu sozialen Tugenden erklärt. Der Höfling mit Perücke und Parfum war dem Bürger ebenso unerwünscht wie der Gestank der Unterschichten in Stadt und Land.

Auch innerhalb des Bürgertums, d. h. der Gruppe des Dritten Standes, deren Eigentum nicht auf Handarbeit beruhte, zeichneten sich stärkere Differenzierungen und Verschiebungen im

sozialen Gewicht ab, so dass man kaum von einem bürgerlichen Klassenbewusstsein sprechen kann. Neben den Rentiers, die mit einem Vermögen an Geld- und Eigentumswerten ausgestattet waren und die darauf setzten, durch Ämterkauf oder Grunderwerb in die Nähe des Adels zu kommen, die Juristen und Hofbeamten, die Freiberufler in Medizin, Wissenschaft und Kunst und schließlich die Vertreter des Finanz-, Handels- und Unternehmenskapitals. Letztere Gruppe nahm zahlenmäßig deutlich zu und stieg vor allem im Überseehandel auf, stellte aber kaum die Akteure der Revolution. Die kamen aus der Gruppe der Advokaten, Wissenschaftler und Beamten. Wenn sich die sozialen Spannungen gegen Ende des Ancien Régime noch verschärften, so hatte dies auch mit einer zunehmenden Übersetzung des Arbeitsmarktes für bürgerlich-intellektuelle Berufe zu tun. Die gescheiterten Hoffnungen einer jüngeren Generation, die keinen Platz mehr in den Akademien, an den Gerichten und in den Amtsstuben fand und sich als Publizisten und Gelegenheitschriftsteller durchschlagen musste, mündeten in eine scharfe Adels- und Parlamentskritik, die damit eigentlich allen Privilegierten und Etablierten galt.

2.2. Die kulturellen Ursprünge der Revolution

Das führt zu der Frage nach dem Beitrag der Aufklärung zum Ausbruch der Revolution – einem Thema, das schon die Zeitgenossen der Revolution leidenschaftlich diskutierten. In der Regel sahen sie in der intellektuellen Herausforderung aller überkommenen Formen des Denkens, Glaubens und Handelns, die wir vereinfacht als «Aufklärung» bezeichnen, eine entscheidende Voraussetzung der Revolution und verstanden die Revolution als Verwirklichung der Aufklärung. Das gilt – negativ gewendet – auch für die Gegner der Revolution, die in ihr ein Werk der Verschwörung durch Aufklärer und Freigeister sahen. Wie so oft sind auch in diesem Falle die Zusammenhänge sehr viel komplexer. Eine direkte, persönliche Einflussnahme durch die großen Geister der Aufklärung hat es nicht gegeben, da sie alle lange vor 1789 gestorben waren; und es führt auch keine

direkte organisatorische Linie von Aufklärungsgesellschaften zum Jakobinerklub, wie das die Verschwörungstheoretiker behaupteten. Auch haben die Revolutionäre ihre Handlungsanweisungen nicht unmittelbar aus den politischen Schriften des aufklärerischen Philosophen Rousseau (1712–1778) und anderer Meisterdenker bekommen, sondern allenfalls aus populären Verschnitten, die von einigen weniger bedeutenden Autoren wie etwa dem Abbé Raynal zusammengestellt und in Büchern und Zeitschriften verbreitet wurden. Meist verdichtete sich die Rezeption erst mit der Notwendigkeit, in den Ausschüssen der Nationalversammlung oder in den politischen Klubs Konzepte und Begründungen für die politische Praxis zu bekommen. Bis dahin war die Botschaft der in sich ohnehin sehr heterogenen Aufklärung eher in einem Denkstil, in spezifischen Kommunikationsformen und in ein paar Grundbotschaften vermittelt worden, die traditionelle Werte und Autoritäten in Frage stellten. So war seit den 1770er Jahren immer häufiger zu beobachten, dass an die Stelle von Monarchie, ständischer Ordnung und Religion als oberste Referenzwerte Nation, Freiheit und Volkssouveränität, Natur und Vernunft traten. Auch die Lesestoffe veränderten sich: Religiöse und staatsrechtlich-historische, auf jeden Fall loyale Literatur trat deutlich zurück hinter einer explosiven Mischung von politischer, systemkritischer Literatur aus der Feder philosophierender Schriftsteller und pornographischer Literatur, gelegentlich aus Geldnot von denselben Autoren verfasst und immer in ihrer Wirkung subversiv und autoritätskritisch. Hinzu kamen aufgeklärte Sozietäten von den Akademien über die Salons, die Freimaurerlogen und Lesekabinette, in denen das neue Denken propagiert, diskutiert und teilweise auch praktiziert wurde. Die Aufklärung, so wird man zusammenfassend sagen können, war Katalysator und Symptom einer zunehmenden Autoritätskrise; ihre Bedeutung lag darin, dass sie einen neuen und kritischen politischen Diskurs begründete und ausweitete, indem sie mit ihren Organisations- und Kommunikationsformen eine öffentliche Sphäre des kritischen Raisonnements mit der Tendenz zur unbeschränkten Dynamisierung und Radikalisierung des Denkens schuf.

2.3. Die Reformunfähigkeit der Monarchie

Seine systemsprengende Kraft entfaltete dieses Denken in dem Augenblick, als Reformunfähigkeit und Systemkrise des Ancien Régime erkennbar wurden. Denn weder die zunehmenden sozialen Spannungen innerhalb der Stände noch die Partizipationsansprüche bürgerlicher Gruppen und auch nicht die Verbreitung eines auf Freiheit und bürgerliche Gleichheit gerichteten Denkens haben zum Zusammenbruch des Ancien Régime geführt, sondern dessen Funktions- und Reformunfähigkeit im Augenblick einer wachsenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei waren die strukturellen Probleme nicht neu. Sie waren immer wieder aufgebrochen, wenn die Monarchie ihre Macht zu bekräftigen und ihre Finanzen zu verbessern suchte. Doch trotz aller äußeren Prachtentfaltung war es keinem der Könige seit Ludwig XIV. (1643–1715) gelungen, den Verwaltungsaufbau und das Steuerwesen zu reformieren, da sie immer von den ständischen Zwischengewalten daran gehindert wurden. Doch diese – nämlich die Parlamente wie die Provinzialversammlungen, der Klerus und die Hofaristokratie – waren nicht geschlossen genug, um Alternativen zu entwickeln, wohl aber einflussreich genug, um immer wieder zu blockieren. Denn auch wenn die Krone mit ihrem höfischen Glanz den Eindruck einer zentralistischen Macht erweckte, der auch die Disziplinierung des selbstbewussten Adels gelungen sei, blieb die absolute Monarchie unvollendet und weiterhin von den Zwischengewalten abhängig.

Der König befand sich in einer Doppelrolle, die ganz den Ungleichzeitigkeiten und Überschneidungen der Zeit entsprach. Er war Mann seiner Herkunft, oberster «Lehnsherr» und oberste Spitze einer ständischen Gesellschaft. Zugleich war er Chef einer in Versailles mit zentralistischem Anspruch agierenden Verwaltung, die sich weder gegen die Zwischengewalten noch nach unten in den Provinzen hinreichend durchsetzen konnte. Die Monarchie war nicht nur Appendix der herrschenden feudalen Gruppen, sondern besaß eine eigene Legitimation und eigene Formen der Intervention gegenüber der ständischen Gesellschaft. Der König regierte mit seinem Ministerium. Daneben

wurde der Generalkontrollleur der Finanzen mit der Zuständigkeit für die innere Verwaltung in dem Maße einflussreicher, je wichtiger die Finanzierung des Staates und seiner Schulden wurde. Die innere Verwaltung in den 34 Finanz- und Steuerbezirken lag in den Händen der Intendanten, Agenten der königlichen Zentralgewalt vor Ort. Doch sie konkurrierten mit traditionellen Verwaltungsorganisationen und -praktiken und ständischen Beamten, die ihre Legitimation nicht von der Zentrale, sondern aus ihrer ständischen Zugehörigkeit und regionalen Herkunft ableiteten. Letztinstanzliche Entscheidungen in der Region beanspruchten die Parlamente, die freilich von einem starken König in einem altertümlichen Verfahren einer Gerichtssitzung (*lit de justice*) zum Gehorsam gezwungen werden konnten. Hinzu kamen noch kirchliche Verwaltungsgliederungen mit eigenen Strukturen und Grenzen, ferner unzählige Sonderrechte für einzelne Regionen. Daraus entstand ein Wirrwarr von rechtlichen, administrativen und herrschaftlichen Überschneidungen und Kompetenzen, denn in einer vormodernen Herrschaftsordnung, so kompakt sie sich auch darstellte, wurde nichts von den überkommenen Schichten, Institutionen und Bräuchen einfach abgeschafft, sondern es blieb neben dem Neuen weiterbestehen. Das sollte sich mit der Revolution und ihrer Grunderfahrung der Machbarkeit und Planbarkeit ändern.

Die Grenzen der Reform in diesem labilen Gleichgewichtssystem, das durch den Wandel der Gesellschaft zusätzlich durcheinandergebracht wurde, lagen in der Unvereinbarkeit von ständischen Wertvorstellungen und den Erfordernissen bürokratischer Rationalisierung.

Das wurde nirgends deutlicher als beim Steuersystem und den hoffnungslosen Versuchen, es zu reformieren, um es gerechter und effizienter zu gestalten. Auch hier erweisen sich die ständischen Lokal- und Zwischengewalten als Elemente der Beharrung. Denn Steuern waren in den *pays d'état*, den Provinzen mit eigenen ständischen Versammlungen, nur mit deren Zustimmung zu erheben, während in den *pays d'élections* – die in Steuerfragen unmittelbar vom König abhängig waren – diese von königlichen Beamten angeordnet werden konnten. Unter den

Steuerlasten litten vor allem die Bauern; sie mussten neben den königlichen Steuern noch die Feudalabgaben, den Kirchzehnten und Gerichtsabgaben leisten. Das städtische Bürgertum litt darunter finanziell wenig, und von Steuern gänzlich befreit waren die Angehörigen der beiden ersten Stände. Nicht die Höhe der Steuern war, etwa im Vergleich mit England, der eigentliche Grund zur Empörung, sondern die dramatische Ungleichheit der Steuern in ihrer sozialen Verteilung wie in ihrer regionalen Unterschiedlichkeit und Vielfalt. Die indirekten Steuern und Zölle empörten die Bauern besonders, obwohl sie weniger am Staatseinkommen ausmachten als die direkten Steuern, die ebenfalls durch ihre Ungleichheiten Anlass zur Unzufriedenheit boten.

Da eine Steuererhöhung kaum in Frage kam und auch nicht durchsetzbar war, hatten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bereits mehrere Generalkontrolleure der Finanzen den Versuch unternommen, durch Schaffung von Steuergleichheit mehr Steuern für den Staat einzutreiben, was jedoch am Widerstand der Zwischengewalten gescheitert war. Den Versuch einer Verlängerung der Sonderabgabe des sog. Zwanzigsten nutzten die Parlamente von Paris, Grenoble, Toulouse und Rouen in ihren Remonstranzen (Weigerungen) sogar zu einer Grundsatzerklärung, indem sie die Verabschiedung aller Gesetze von der Zustimmung der Parlamente abhängig machen wollten. Damit erreichte die Konfrontation eine neue Dimension, indem die Parlamente sich zu Hütern der Grundrechte des Königreiches erklärten und sich gleichsam Souveränitätsrechte anmaßten. Das wiederum forderte die Krone heraus, für die Minister Maupeou eine Justizreform betrieb und die Parlamente abschaffte. Stattdessen setzte er neue Appellationsgerichtshöfe mit ausschließlich juristischen Kompetenzen ein. Doch bevor der Widerstand der Juristen gebrochen war, starb Ludwig XV., und sein Nachfolger Ludwig XVI., gutwillig und auf Beifall bedacht, holte die Parlamente zurück. Dies dankten sie ihm schlecht, denn sie pochten umso mehr auf die Privilegien und lehnten jede Form der Steuergleichheit ab. Bald darauf scheiterte auch der Freund der aufgeklärten Philosophen, der neue Generalkontrolleur der Finanzen, Turgot, als er 1776 durch eine systematische Reform

die Vision eines aufgeklärten Absolutismus durchzusetzen versuchte. Das war, wie sich bald zeigen sollte, der endgültige Beleg für die Reformunfähigkeit der Monarchie. Turgots Nachfolger, der Schweizer Protestant Necker, ein Außenseiter im französischen Ancien Régime, aber als erfolgreicher Bankier kreditwürdig, versuchte es mit kleinen administrativen Korrekturen und vor allem mit Auslandsanleihen, um die Kosten des amerikanischen Krieges (1778–1783) zu finanzieren, der mit der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten und der Demütigung Englands im Frieden von Paris seinen Abschluss fand. Um den Kredit des Staates zu erhöhen, veröffentlichte er 1781 erstmals in der Geschichte der Monarchie ein Staatsbudget, aus denen die empörte Öffentlichkeit nur die hohen Ausgaben des Hofes, vor allem für die Pensionen des Hofadels, herauslas. Auch sein Nachfolger Calonne versuchte 1786 durch einige Konzessionen an die Adresse der privilegierten Stände, diese zur Aufhebung ihrer steuerlichen Privilegien zu bewegen. Der Notabelnversammlung, deren Einberufung er dem König empfohlen hatte, schlug er im Februar 1787 die Bildung von Provinzialversammlungen vor und erwartete dafür die Zustimmung zu seinem Programm einer allgemeinen Grundsteuer, einer Reduktion der Salzsteuer und der Aufhebung von Zöllen. Calonne rechnete damit, dass die Notabeln, die überwiegend aus dem Adel stammten, es sich nicht leisten könnten, angesichts einer extremen Notlage gegen eine starke öffentliche Meinung auf den Privilegien zu beharren. Dass die Notabeln, wie andere Zwischengewalten auch, an ihrer strikten Ablehnung festhielten, hatte zwei Gründe: Sie empfanden den absolutistischen Staatsbildungsprozess als Gefährdung ihrer eigenen politisch-sozialen Autonomie; zweitens sahen sie sich von den Aufstiegsenerwartungen neuer, wohlhabender Schichten und umgekehrt von der zunehmenden antifeudalen Stimmung unter den Bauern in ihrem Status bedroht. Zur Stärkung ihrer Position forderten die Notabeln wieder die Einbeziehung der Parlamente oder, was noch populärer war, die Einberufung der Generalstände. Sie galten, auch wenn sich kaum jemand an sie erinnern konnte, als legitime Vertreter der gesamten Nation. Indem man sich auf die Nation und deren Re-

präsentation berief und im Machtkampf zwischen der Krone und den Ständen auf eine politische Mobilisierung der Öffentlichkeit setzte, wurden politische Begriffe und Strategien in die öffentliche Debatte gebracht, die bald eine Eigendynamik entfalteten und sich am Ende gegen die alte Ordnung wenden sollten. Vor allem die provinziellen Selbstverwaltungskörperschaften, die 1787 ins Leben gerufen wurden, erwiesen sich als Schule der künftigen Revolution. Etwa 18% der Mitglieder der Nationalversammlung von 1789 gehörten vorher den provinziellen Ständeversammlungen an.

2.4. Die *Pré-Révolution*

Zunächst wurde jedoch Calonne Opfer der Machtkämpfe bei Hofe. Sein Nachfolger Loménie de Brienne, Erzbischof von Toulouse, stieß auf denselben Widerstand und löste daraufhin im Mai 1787 die Notabelnversammlung auf. Er setzte nun wieder auf die absolutistische Macht und hoffte, durch den Zwang eines *lit de justice* neue Steuergesetze durchzusetzen, wogegen das Parlament von Paris seinerseits öffentlichen Protest einlegte. Mit einer neuerlichen publizistischen Kampagne gingen die selbsternannten Verteidiger der Freiheit gegen den ministeriellen Despotismus vor. Die Phase der *Pré-Révolution* begann und brachte endgültig eine neue Macht ins Spiel – die Öffentlichkeit.

Das aufsässige Parlament wurde nach Troyes verbannt, daraufhin kam es in vielen Provinzen zu Aufständen, Streiks und Plünderungen, bis schließlich die Regierung nachgab und das Parlament zurückkehren ließ. Eine neue Runde im Machtkampf begann; wieder wurde das Parlament entlassen, wieder kam es zu einem öffentlichen Entrüstungsturm, bei dem die monarchische Regierung eindeutig in die Defensive geriet und die königliche Autorität in Flug- und Schmähchriften in Frage gestellt wurde. Als auch die Ständeversammlungen in den Provinzen immer lauter nach den Generalständen riefen, kam das Ministerium Brienne schließlich dem öffentlichen Druck nach und verkündete die Einberufung der Generalstände. Sofort erregte eine neue Flut von Reformbroschüren und politischen Pamphleten

das Land, das zugleich unter einer schweren Ernte- und Teuerungskrise litt.

Bald sollte in den publizistischen Kämpfen, die trotz des Fortbestandes der Zensur in einer Atmosphäre der freien Meinungsäußerung abliefen, die Widersprüchlichkeiten der Erwartungen und Forderungen deutlich werden. Die privilegierten Stände meinten mit ihrer Kritik am «ministeriellen Despotismus» und der Forderung nach einer Regeneration Frankreichs die Wiederherstellung bzw. Einhaltung ihrer angestammten, historischen Vorrechte und «Freiheiten», während die Wortführer des Dritten Standes, die sich bald «Patrioten» nannten, ausgehend von der Formulierung einzelner Missstände bald die Abkehr von einer ständisch-korporativen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung und vom König die Neuordnung des Gemeinwesens als souveräner Nation erwarteten. Sprachlich und politisch besonders wirksam formulierte im Januar 1789 der Abbé Sièyes, der erste politische Erfahrungen in der Provinzialversammlung des Orléanais gesammelt hatte, was in vielen anderen Broschüren wiederholt werden sollte: die politische Freiheit und Souveränität für die Nation. Die Frage schien einfach, die Antwort war revolutionär: «Was ist der Dritte Stand? Alles. Was ist er bisher in der staatlichen Ordnung gewesen? Nichts. Was will er? Etwas darin werden.» Indem er den Dritten Stand zur Nation erklärte, tat er nichts anderes, als die Rechtfertigung traditioneller Herrschaft, nach der nur eine politisch-soziale Führungsgruppe die Nation bildete, herumzudrehen. Der Dritte Stand besitze alles, was eine Nation zu ihrer Bildung und Erhaltung bedürfe. Wenn man den privilegierten Stand wegnähme, wäre die Nation nicht etwas weniger, sondern sogar etwas mehr.

Das Gewicht dieser Forderungen nach einer umfassenden Reform nahm in dem Maße zu, in dem die Traditionalisten an ihren ständischen Interessen und Vorrechten festhielten und hinter ihrer Rhetorik, nach der sie als Repräsentanten des Volkes agierten, ihre partikularen Interessen hervortraten. Das geschah in aller Deutlichkeit, als die Parlamente am 23. September 1788 sich für die alte Form der Zusammensetzung und des Abstimmungsverfahrens erklärten, nach der Klerus und Adel doppelt

so stark vertreten waren wie der Dritte Stand und jeder Stand getrennt abstimmen sollte. Auf Vorschlag von Brienne, der nicht weiterwusste, rief der König Necker als Premierminister zurück. Auch sein zweiter Anlauf sollte scheitern. Die zweite Notabelnversammlung, die für Anfang November 1788 einberufen worden war, lehnte seine Reformvorschläge ab. Die Monarchie stand vor dem finanziellen Bankrott, niemand wollte ihr noch Kredite geben. Die Notabelnversammlung hoffte, die Generalstände als Instrument nutzen zu können, um dem König ihre Vorstellungen aufzuzwingen. Necker suchte hingegen die patriotische Grundstimmung der Öffentlichkeit für die Krone zu mobilisieren und setzte im Kronrat am 27. Dezember 1788 gegen den Widerstand der Brüder des Königs, die von jeder Konzession eine Gefährdung der monarchischen Herrschaft befürchteten, eine Verdoppelung des Dritten Standes durch. Dieses Zugeständnis wurde jedoch wieder dadurch entwertet, dass eine gemeinsame Abstimmung nach Köpfen vom König nicht akzeptiert wurde. Nach Calonne und Brienne musste nun auch Necker erfahren, dass vom König keine Unterstützung für eine entschiedene Reform zu erwarten war. Dennoch dachte in diesem Augenblick kaum jemand an eine Revolution, geschweige denn an einen Sturz der Monarchie.

Diese Stimmung fand auch einen massenhaften Niederschlag in den Beschwerdeheften (*cahiers de doléances*), welche die Wahlen zu den Generalständen in den ersten Monaten des Jahres 1789 begleiteten. Was nach einem alten ständischen Brauch das Recht einer jeden Versammlung bei der Wahl ihrer Deputierten war, nämlich in rund 60000 Wahlversammlungen ihre Beschwerden und Erwartungen zu formulieren, wurde unter den Bedingungen der einsetzenden Massenmobilisierung zu einer Art Volksbefragung (und für den Historiker zu einer unschätzbaren Quelle). Die Bauern klagten über die Belastungen durch die «Feudalität», die Bürger forderten die Gleichheit vor dem Recht, Teile des Adels unterstützten die Forderung nach konstitutionellen Freiheiten. Jedoch dachte niemand daran, die Monarchie abzuschaffen. Im Gegenteil, viele Cahiers erwarteten vom König, dass er die ständische Ordnung abschaffen sollte.

Radikalere Forderungen kamen aus Pariser Wahlbezirken; dort konnte man erst Anfang Mai die Wahlversammlungen abhalten, als die politischen Auseinandersetzungen schon ihre eigene Dynamik entfaltet hatten. In den Pariser Cahiers sprach man darum von einer Verfassung, die man sich geben müsse, von politischer Freiheit und einer heraufziehenden Revolution.

Die Wahlen erfolgten nach einem gestuften, d. h. indirekten Verfahren. Nur die oberen Stände führten in den Bezirksversammlungen eine direkte Wahl durch. Beim Klerus waren alle Pfarrer, aber nicht alle Domherren und Klöster wahlberechtigt. Auch beim Dritten Stand hatte jeder Stimmrecht, der älter als 25 Jahre und in die Steuerrolle eingetragen war. Das war für die damaligen Zeiten relativ demokratisch. Das gestufte Wahlrecht sorgte jedoch für Mäßigung. Gewählt wurde nach Zünften, Stadtvierteln, Dörfern, d. h. nach Pfarrgemeinden. Dort wählte man Wahlmänner, die wiederum aus ihrer Mitte die Deputierten für die Generalstände auswählten. Allein das langwierige Wahlverfahren legte es den politisch engagierten Bürgern nahe, in Stadt und Land durch Broschüren und Flugblätter Propaganda zu machen, auch um die Abfassung der Beschwerdehefte vorzubereiten.

2.5. Eine Krise des «alten Typs»

Neben der Einberufung der Generalstände machte im Frühjahr 1789 der dramatische Anstieg des Brotpreises Schlagzeilen. Nun erreichten Unzufriedenheit und Erregung auch diejenigen, die von der öffentlichen Auseinandersetzung um die Finanzmisere und die Funktionsunfähigkeit des Staates noch nicht unmittelbar erreicht und mobilisiert worden waren. Die wirtschaftliche Not, die infolge von Teuerung und Unterproduktion die städtischen Konsumenten und dann auch Handel und Gewerbe betraf, brachte die «Massen» auf die politische Bühne. Die Mechanik dieser Krise vom alten Typ verlief zunächst nach einem bekannten Muster: Eine Missernte von 1788 und ein sehr strenger Winter 1788/89 führten zu Ernteaufällen und brachten die Bauern um die Chance, Getreide auf dem Markt zu verkaufen

bzw. genügend Futter für die Viehhaltung zurückzubehalten. Nur die Speicher der weltlichen und geistlichen Grundherren waren gefüllt mit Produkten, die durch Abgaben des Zehnten und des Fruchtzinses hereingekommen waren. Sie wurden darum zum Objekt der Empörung und der Forderung nach Öffnung bzw. des Verkaufes zu einem «gerechten Preis». Um dem Nachdruck zu verleihen, kam es zur Plünderung von Getreidetransporten, zum Protest gegen eine schlechte Verwaltung, der man die Verantwortung für das tägliche Brot zuschrieb. Noch dramatischer waren die Folgen der Preiserhöhungen für die städtischen Konsumenten, für die Brot als Grund- und Hauptnahrungsmittel lebenswichtig war. Im Juni/Juli 1789 sollte der Brotpreis mit einer Steigerung von etwa 200% im Vergleich zu den guten Jahren den Höchststand des Jahrhunderts erreichen. Ein städtischer Handwerker musste im Durchschnitt etwa 50% seines Einkommens für die Versorgung mit Brot ausgeben. Jede Preissteigerung konnte existenzbedrohend werden und führte vor allem zu einem starken Rückgang der Nachfrage nach allen anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Zuletzt war eine ähnliche Situation mit Teuerungskrise und Brotkrawallen 1775 eingetreten, nun aber schlugen die epidemisch auftretenden Brotunruhen auf das politische Klima durch. Die heftigsten Unruhen fanden in Paris im April 1789 zum Zeitpunkt der Wahlen zu den Generalständen statt. Als der Tapetenfabrikant Réveillon im Faubourg Saint-Antoine bei einer Wählerversammlung am 23. April 1789 darüber klagte, dass er seinen 350 Manufakturarbeitern so hohe Löhne zahlen müsse, zog er den Volkszorn auf sich. Obwohl er im Rufe eines guten Arbeitgebers stand, kam es vier Tage später zu Demonstrationen und trotz einer Polizeibewachung schließlich auch zum Sturm auf sein Haus wie zu Plünderungen durch eine aufgebrachte Menge, meist von Gesellen, Kleinhandwerkern und Arbeitern. Bei der Niederschlagung der Unruhen kam es zu Hunderten von Toten. Auch wenn die Demonstranten in Rufe wie «Es lebe der Dritte Stand» oder «Es lebe der König. Es lebe Monsieur Necker» ausbrachen, waren das noch keine Aktionen einer politischen Volksbewegung, sondern Ausdruck eines uralten Denkens und Handelns, das von

der Vorstellung des «gerechten Preises» und der Fürsorgepflicht des «guten» Königs ausging. Der Réveillon-Aufstand war darum nur ein Vorspiel der Revolution.

3. Drei Ereignisse – eine Revolution: Der Sommer 1789

Die knapp 1200 Deputierten, die Ende April 1789 nach Versailles kamen, um in einer feierlichen Eröffnungsprozession das Ritual einer scheinbar intakten ständisch-monarchischen Herrschaft zu erleben, hätten sich kaum vorstellen können, dass sie bis zum Herbst 1791 in Versailles bzw. in Paris bleiben und dort die dramatischen Ereignisse einer Verfassungsrevolution erleben bzw. gestalten würden. Bei der letzten Einberufung der Generalstände im Jahre 1614 waren die Deputierten, nachdem sie ihre Gravamina dem König vorgetragen hatten, bald wieder nach Hause geschickt worden. Im Mai 1789 stießen die Deputierten jedoch auf einen schwachen und unentschiedenen Monarchen, der voller Halbherzigkeiten der politischen Entwicklung stets nachlaufen sollte und sich nun sehr bald nach der Selbstproklamation der Nationalversammlung mit einer politischen Gegenmacht konfrontiert sah, die schließlich das alleinige Machtzentrum darstellte und die Delegation des Monarchen betrieb.

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de